

## KONGRESS

### Zwanglos



Das Thema zog: 500 Teilnehmer aus dem In- und Ausland wurden zur 18. (Wander-) Tagung „Subjektive Seite der Schizophrenie“ erwartet, die in diesem Jahr mal wieder in Hamburg Station machte. Drei Tage wurde in den Räumen der Universität dialogisch über „Alternativen zum Zwang – Umgang mit Ausnahmesituationen und Krisen“ referiert und diskutiert. **Seite 3 & 4**

## Psychiatrie

### Unsensibel



Männer und Frauen sind nicht nur verschieden, sie reagieren auch teils unterschiedlich auf Antidepressiva. In der klinischen Behandlung spiegelt sich das aber wenig wider, hat eine Studie der Universitätspsychiatrie Hannover ergeben. Warum das so ist und was sich ändern sollte, darüber informiert im Interview Privatdozent Marcel Sieberer, Ärztlicher Direktor am AMEOS Klinikum Hildesheim. **Seite 12**

## Kultur

### Traumhaft



Michael Ende, den Autor von „Momo“ und „Die unendliche Geschichte“, kennt jeder. Weniger bekannt ist dagegen sein Vater, der Maler Edgar Ende. Malervater und Schriftsteller-ohn verband eine besondere psychokommunikative Beziehung, die im Rahmenprogramm zur Ausstellung „Die Traumwelt“ in der Galerie im Park am Klinikum Bremen-Ost dargestellt wurde. **Seite 11**

# Sieg der Vernunft

PEPP „beerdigt“ / Krankenhaus-Finanzierung wird auf Budgets umgestellt / Verbindliche Personalvorgaben beschlossen

**Der Protest startete spät, wurde dann immer breiter und stärker und zeigte jetzt Erfolg auf ganzer Linie: Das „Pauschalierende Vergütungssystem für psychiatrische und psychosomatische Krankenhäuser und Fachabteilungen“ (PEPP) ist vom Tisch. Stattdessen kündigte Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) eine grundlegende Neufassung des Psychiatrie-Entgeltsystems an. An die Stelle ursprünglich geplanter landesweit geltender Tagespauschalen sollen krankenhausespezifische bedarfs- und leistungsgerechte Budgets treten. Vorgesehen sind insbesondere die Förderung von Hometreatment und eine Verbesserung der Personalsituation.**

BERLIN (hin). Der Kurswechsel wurde in der Fachwelt allgemein begrüßt. Hintergrund des Protests gegen das Pauschalensystem waren vor allem befürchtete Risiken für psychisch schwerkranke Menschen durch das sehr bürokratisch angelegte System, das der frühere Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) Ende 2012 gegen den Willen fast aller Fachverbände per Ersatzvornahme in Kraft gesetzt hatte – und

das dann so schwer wieder vom Tisch zu bekommen war. PEPP wird bereits in mehr als der Hälfte der rund 240 psychiatrischen Fachkliniken eingesetzt und hätte 2017 flächendeckend eingeführt werden sollen.

Schon vor der jüngsten Bundestagswahl gegen PEPP positioniert hatte sich SPD-Gesundheitsexperte Prof. Karl Lauterbach. Nach der Wahl überzeugte er offenbar auch CDU-Minister Hermann Gröhe, das System auf den Prüfstand zu stellen und begleitend mit den Fachverbänden in einen strukturierten Dialog zu treten. Besonders überzeugend gewirkt haben dürfte dann das – ebenfalls auf krankenhausespezifischen Budgets basierende – Alternativkonzept, das im vorigen Herbst 16 Fachverbände in seltener Einigkeit vorlegten (der EPPENDORFER berichtete). Flankiert wurde dies von Demonstrationen, zu dem ein „Weg-mit-PEPP“-Bündnis regelmäßig vor dem Ministerium in Berlin aufrief.

Für die Weiterentwicklung des Psychiatrie-Entgeltsystems einigten sich Politiker, Vertreter von Verbänden und der Selbstverwaltung nun auf mehrere Eckpunkte. An erster Stelle genannt: die Budgetorientierung. Verhandlungspartner vor Ort sollen – unter Berücksichtigung regionaler Bedingungen und hausindividuel-

ler Besonderheiten wie z. B. regionale Versorgungsverpflichtung – „bedarfs- und leistungsgerechte Budgets“ vereinbaren. Die Kalkulation „bundeseinheitlicher Bewertungsrelationen“ stützt sich weiter auf empirische Daten bzw. auf Qualitätsvorgaben, die der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA, höchstes Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen) festlegt. Der G-BA soll auch bis 2020 Mindestvorgaben für eine flächendeckend ausreichende Personalausstattung festlegen. Dabei soll er die Anforderungen der Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV) zur Orientierung heranziehen, heißt es in dem Eckpunktepapier vom 18. Februar. Zudem sei der in Leitlinien beschriebene medizinische Kenntnisstand bei der Personalbemessung „angemessen zu berücksichtigen“. Für so genannte Kalkulationshäuser soll in der Übergangsphase eine 100-prozentige Umsetzung der Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV) vorgegeben werden. Krankenhausbehandlung kann künftig durch spezielle Teams auch im häuslichen Umfeld der Patienten stattfinden – und abgerechnet werden. Das System der PIA bleibe davon „unberührt“.

Der Zeitplan erscheint ehrgeizig. „Es wird angestrebt, das neue Entgeltsystem ab dem Jahr 2017 verbindlich von allen Psych-Einrichtungen unter budgetneutralen Bedingungen anzuwenden“, heißt es. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft erklärte bereits, dass für die nun erforderlichen Anpassungen im Entgeltkatalog mehr Zeit gebraucht werde. Derweil gibt es auch schon erste Kritik an Einzelaspekten der Neuorientierung. So monierte BPTK-Präsident Dr. Dietrich Munz, dass der ambulante Sektor „weiterhin nicht ausreichend einbezogen“ sei. Die DGPPN indes sprach von einem positiven Signal für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Gerade in der angekündigten Stärkung der settingübergreifenden Versorgung sehe sie großes Potenzial.



Der Austausch der Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen soll durch die spezielle Architektur gefördert werden. Foto: Klüver

## El Dorado für Hirnforscher

### Lübeck: Neubau der Superlative

Nach fast sechs Jahren Planungs- und Bauzeit ist an der Universität zu Lübeck ein hochmodernes Hirnforschungszentrum eröffnet worden. Das 38 Millionen Euro teure Haus wird gemeinsam von Land und Bund fi-

nanziert. Im Center of Brain, Behaviour and Metabolism (CBBM) erforschen u.a. Mediziner, Biologen, Psychologen und Physiker Zusammenhänge zwischen Schlaf, Stoffwechsel und Übergewicht sowie Aktivitäten im Gehirn. **Seite 9**



Verkündeten den Kurswechsel: Hilde Mattheis, Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Karl Lauterbach, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, Dr. Georg Nüßlein, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und Maria Michalk, Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag (v.l.). Foto: BMG/Schwerdel-Schmidt

## AUS DEM INHALT

FLUCHT Das Göttinger Modell einer integrativen Versorgung	S. 5	BREMEN Interview: Expertenkritik an Maßregelrechtsreform	S. 10
MENSCHEN Eine Medaille für Gerhard Heß	S. 6	NIEDERSACHSEN Yvonne und der lange Kampf ums Persönliche Budget	S. 13
SCHLESWIG-HOLSTEIN Inklusives Stadtteilprojekt des Kieler Waldhofs	S. 7	SUCHT Von der Bedeutung des qualifizierten Alkoholzugs	S. 14
HAMBURG Harburger Fachtag rund um IV und Salutogenese	S. 8	SELBSTHILFE Hunde-Hilfe: Innovatives Projekt für Kinder kranker Eltern	S. 16
ANGEHÖRIGE Gemeinsamer Aufruf für mehr aufsuchende Hilfen	S. 9	BÜCHER Psychiatrie anthropologisch – Wahnerlebnisse verstehen	S. 17

## „PTBS eine schwerwiegende Erkrankung“

BERLIN (rd). Erneuter Fach-Protest gegen das inzwischen verabschiedete „Asylpaket II“: Teilnehmer des Kongresses „Migration und Rassismus“ der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP), der vom 3. bis 6. März in Berlin tagte, protestierten in einer öffentlichen Erklärung gegen die Verschärfung des Aufenthaltsrechts, die eine raschere Abschiebung von durch Krieg und Flucht traumatisierten Menschen ermöglichen sollte. Anders als in der Begründung des Gesetzes behauptet, stelle die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) „zweifelsfrei eine erhebliche, schwerwiegende und oft lebensbedrohliche Erkrankung dar“. Dies zu leugnen bedeute eine eklatante Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Das jetzt vorgesehene Schnellverfahren verhindere jegliche seriöse, professionelle Diagnostik und solle „zu mehr Abschiebungen nach lediglich oberflächlicher Prüfung führen“. Umso befremdlicher sei dies, da andererseits die Bundesregierung im Jahr 2014 eine Sondervereinbarung mit der Bundespsychotherapeutenkammer abgeschlossen habe, um eine zeitnahe Behandlung von im Auslandseinsatz psychisch traumatisierten Bundeswehrsoldaten zu gewährleisten. „Die Gesundheit von Geflüchteten darf nicht weniger Wert sein als die Gesundheit von Soldaten“, heißt es in der Erklärung.

## IMPRESSUM

### Verlagsanschrift:

Vitanas GmbH & Co. KGaA  
Vitanas Sozialpsychiatrisches  
Centrum Koog-Haus  
Eppendorfer  
Koogstraße 32  
25541 Brunsbüttel  
Telefon: (04852) 96 50-0  
Telefax: (04852) 96 50-65  
E-Mail: koog-haus@vitanas.de

Herausgeber:  
Matthias Roller  
Vitanas Gruppe  
Michael Dieckmann  
AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)  
Internet: www.eppendorfer.de  
www.kooghaus.de  
www.vitanas.de  
www.ameos.eu  
Redaktionsleitung,  
Layout und Satz  
Anke Hinrichs (hin)  
Redaktionsbüro NORDWORT  
Große Brunnenstr. 137  
22763 Hamburg  
Tel.: 040 / 41358524  
Fax: 040 / 41358528  
E-Mail: ahhinrichs@aol.com

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Sönke Dwenger, Ilse Eichenbrenner (ie), Michael Freitag (frg), Esther Geißlinger (est), Annemarie Heckmann (heck), Ingrid Hilgers (hil), Gesa Lampe (gl), Dr. Verena Liebers, Martina de Ridder, Dr. Heidrun Riehl-Halen (hrh), Nathalie Klüver (kli), (rd) steht für Redaktion, Agentur: epd, pid

Druck: Boyens MediaPrint, Heide  
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2016.  
Der Eppendorfer erscheint zehnmal im Jahr und kostet jährlich 39,50 Euro.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, auf die zusätzliche Nutzung der weiblichen Form zu verzichten.

# Wieder mehr Drogentote

## ■ Crystal Meth-Verbreitung unklar

**Die Zahl der Drogentoten in Deutschland ist stark gestiegen. 2015 seien 18,8 Prozent mehr Tote durch Rauschgiftmissbrauch verzeichnet worden als im Jahr zuvor, berichtet die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf eine interne Erhebung des Bundeskriminalamts (BKA). Insgesamt hätten die Polizeibehörden der Länder 1226 Fälle verzeichnet.**

BERLIN/HAMBURG (epd/rd). Gemessen an der Einwohnerzahl seien die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen am stärksten betroffen. Die höchsten Anstiege seien in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland registriert worden, wo sich die Zahl mehr als verdoppelt habe.

Nach dem BKA-Bericht hat sich auch die Gesamtzahl erstmals registrierter Konsumenten harter Drogen erhöht, um bundesweit vier Prozent. Sowohl Betäubungsmittel wie Amphetamin aber auch Heroin und Kokain seien auf dem Vormarsch. Dagegen sei die Zahl der erstmals erfassten Konsumenten von Crystal Meth erstmals zurückgegangen.

Der Konsum von kristallinem Methamphetamin ist vor allem in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg sowie in Teilen Bayerns ein großes Problem. „Auch bundesweit scheinen einzelne Personengruppen zunehmend in Kontakt damit zu kommen“, berichtete der Hamburger Suchtforscher Sascha Milin im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Crystal Meth sei keine Droge, die „Po-

litiker während ihrer Arbeitstätigkeit konsumieren“. Die synthetisch hergestellte Substanz beeinträchtige anspruchsvolle kommunikative Fähigkeiten sehr stark, sagte der Mitarbeiter des Zentrums für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg: „Man wird schnell auffällig.“ Er gehe eher davon aus, dass Menschen in Lebenskrisen zu dieser Droge greifen.

Der Fall des Politikers Volker Beck, der seine Ämter in der Grünen-Bundestagsfraktion niedergelegt hatte, nachdem die Polizei bei ihm „eine Menge von 0,6 Gramm betäubungsmittelsuspektive Substanz“ gefunden hatte, brachte Crystal Meth wieder vermehrt in die Schlagzeilen.

Methamphetamin habe unter Partygängern in den meisten Clubszene eher einen schlechten Ruf, sagte Sascha Milin. Im Nachleben werde der Stoff vor allem dort konsumiert, wo andere Partydrogen mit milderer Wirkung schwieriger erhältlich seien als Crystal. „In Norddeutschland ist es derzeit nur sehr vereinzelt in der Clubszene angekommen.“

Die tatsächliche Lage ist aber offenbar nicht leicht einzuschätzen. Erst in den kommenden Jahren würden Zahlen dazu erhoben, wie viele Menschen in den Suchtberatungsstellen tatsächlich wegen Problemen mit Methamphetamin Hilfe suchen. „Das war bislang noch nicht der Fall“, sagte Milin. Absolut belastbare Daten über dessen Konsum seien aber auch dann nicht zu erwarten, weil es auch Menschen gebe, die die Droge über eine längere Zeit unauffällig konsumieren.

## Arbeitsgruppen sollen Risiken reduzieren

### ■ Reaktion auf schwere Gewalttaten

HAMBURG/KIEL (rd). Bei dem 28-jährigen Hamburger, der am 19. Januar eine 20-jährige Frau in Berlin völlig unvermittelt und offenbar grundlos vor eine U-Bahn gestoßen und getötet haben soll, soll bereits im Alter von 16 Jahren eine „Schizophrenie aus dem hebbephren Formenkreis“ festgestellt worden sein. Die Verlegung in eine psychiatrische Einrichtung sei dringend angezeigt, heißt es in einem damaligen Vermerk, aus dem das Hamburger Abendblatt zitierte. Trotzdem sei der Jugendliche weitere zehn Monate im Jugendvollzug geblieben. Hätte eine bessere Behandlung am Anfang die spätere Eskalation vielleicht verhindern können? Die Tat wurde nun Anlass für

die Gründung einer 13-köpfigen Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Behörden und von Gerichten, die Justizsenator Till Steffen (Grüne) und Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) vereinbart haben. Diese solle den „Umgang mit psychiatrischen Patienten mit einem Gewaltisiko auf den Prüfstand“ stellen und bis Ende des Jahres einen Sachstandsbericht mit Verbesserungsvorschlägen vorlegen, so das Abendblatt mit Bezug auf eine Ankündigung im Justizausschuss. Auch in Kiel ist aus Anlass einer schweren Straftat eine Arbeitsgruppe gegründet worden. Experten von Staatsanwaltschaft, Polizei und des Gesundheitsamtes sollen Kommunikationslücken schließen (siehe S.7).

## Stigma-Studie

### ■ Flugabsturz-Berichte untersucht

BERLIN (rd). Nach dem Absturz der Germanwings-Maschine (Flug 9525) in den französischen Alpen im vergangenen Jahr ist es zu einer stigmatisierenden Berichterstattung über psychisch erkrankte Menschen gekommen. Dies zeigt eine aktuelle Studie des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim, für die 251 Artikel ausgewertet wurden. Das Forscherteam stuft 161 Artikel als riskant ein, 79 Artikel enthielten explizite Stigmatisierungen. 64,1 Prozent der Artikel zogen eine psychische Erkrankung des Kopiloten als

mehrheitliche Erklärung für den Absturz der Maschine heran.

„Verantwortungsvolle Artikel machen ihren Lesern klar, dass von psychisch erkrankten Menschen nicht per se eine Gefahr ausgeht und sie für die überwiegende Mehrzahl von Gewalttaten nicht verantwortlich sind“, so die DGPPN, die an das Verantwortungsbewusstsein der Medienschaffenden appellierte und auf Pressekodex-Grundsätze sowie die Hilfestellung „fairmedia“ verwies. Siehe auch die Seite www.fairmedia.seelischegesundheit.net.

## Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

## 24 Wochen in 11 Tagen

Geschafft! Trotz Grippe- und schniefenden Journalisten aus aller Welt habe ich die elf Tage der 66. Berliner Filmfestspiele heil überstanden, obwohl ich mir den offiziellen Eröffnungsfilm „Hail Caesar“ erspart hatte. Nur wer die Bakteriengewitter in den Festivalkinos erlebt hat, kann die enorme Leistung meiner Abwehrkräfte wirklich würdigen. Das große Berlin war mir wie in jedem Februar ganz eingeschrumpft auf die Kinos am Potsdamer Platz. Psychiatrische Störungen waren in den Filmen dieses Jahrgangs Mangelware. Der Leser muss mir also notgedrungen auf einem psycho-losen Rückblick folgen. Ja, das wird hart.

Mir war natürlich klar, dass ich dem Flüchtlingsthema bei der Berlinale nicht entkommen würde. Das fing an mit dem Dokumentarfilm „Havarie“ und seinem 90-minütigen Blick auf ein winziges Schlauchboot im Mittelmeer und endete mit einem Spielfilm über die Suche einer Mutter nach ihrer Tochter, die sich in Syrien dem IS angeschlossen hat (La Route d' Istanbul). Ein breites Spektrum also. Alle Produktionen hinkten der aktuellen politischen Lage hinterher. Trotz digitaler Technik ist das Kino eben langsamer als die Tagesschau oder YouTube. Doch auch hier sind die neuen Formate allgegenwärtig: Flüchtlinge richten Kamera oder Smartphone auf sich selbst; Kinder und Jugendliche erhalten in Flüchtlingslagern („Life on the border“) Crashkurse und führen selbst Regie; die Ergebnisse verschaffen dem Zuschauer einen hautnahen Einblick, der nicht immer leicht zu verkraften ist. So war man durchaus erleichtert, wenn mal ein anderes Thema im Fokus stand.

Der einzige deutsche Wettbewerbsbeitrag „24 Wochen“ konzentriert sich ganz auf ein hochgradig tabuisiertes Thema. Anne Zohra Berrached aus Erfurt hat an der Filmhochschule Baden-Württemberg studiert und ihren Abschlussfilm eingereicht. Ihr sorgfältig recherchierter Spielfilm erhielt zwar nur den „Preis der Gilde deutscher Filmkunsttheater“, hat aber viele Zuschauer nachhaltig berührt. Die Schauspielerin Julia Jentsch verkörpert Astrid, eine erfolgreiche Kabarettistin, Bjarne Mädel spielt ihren Manager und Ehemann. Astrid ist schwanger, die Fruchtwasseruntersuchung klärt, dass das Kind an Trisomie 21 leiden wird. Das Paar informiert sich, besucht die Theaterproben von Schauspielern mit Downsyndrom, und ist zunächst ganz zuversichtlich. „Wir schaffen das.“ Doch dann stellt sich heraus, dass der

Embryo einen schweren Herzfehler hat und schwerst behindert sein wird. Der Film konzentriert sich nun ganz auf die schwierige Phase der Entscheidung unter Zeitdruck: Will Astrid das Kind austragen, oder entscheidet sie sich für eine Spätabtreibung, wie 90 Prozent aller schwangeren deutschen Frauen in dieser Lage?

Ich möchte die Leser nicht so belastet in den Vorfrühling schicken. Denn ab und zu durfte man auf der Berlinale schmünzeln – über das intellektuelle Milieu. Wunderbar lakonisch agiert Isabell Huppert als Philosophiedozentin in dem französischen Spielfilm „L'Avenir“, sogar als sie erfährt, dass ihre Bücher etwas aufgepeppt werden müssen. Reichlich publiziert wird auch in „Maggie's Plan“, in dem die schöne Julianne Moore endlich eine zickige Professorin sein darf. Wo geschrieben wird, da muss auch lektoriert werden: In „Genius“ verkörpert Jude Law den amerikanischen Schriftsteller Thomas Wolfe, dessen Werke ohne seinen großartigen Lektor Max Perkins, ebenso großartig dargestellt von Colin Firth, nie zustande gekommen wären. Ein ganzer Film über einen einzigen Lektor! Bis die Berlinale-Filme in die Kinos kommen, können Sie schon mal stöbern unter [www.psychiatrie.de/bibliothek/aktuelle-Kinofilme](http://www.psychiatrie.de/bibliothek/aktuelle-Kinofilme).

Der Aufprall am PC nach 11 Tagen im Kinosessel ist immer schmerzhaft. Im Posteingang findet sich eine Rundmail. Betrifft: „Unterstützung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales im Rahmen des landesweiten Flüchtlingsmanagements.“ Vor einem halben Jahr war ich vom Innensenator angeschrieben worden, und hatte mich auf der vorgesehene Webseite eingetragen. Sie erinnern sich. Kann es sein, dass sich viel zu viele Ruheständler gemeldet haben? Man bitte um Geduld und könne mich auch von der Liste nehmen ... Uff. Ehrlich gesagt bin ich erstmal erleichtert. Fortsetzung folgt. **Ilse Eichenbrenner**

### Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

# „Die Welt ist nicht der Garten Eden“

Zwischen Zwang und Menschenrecht: Die XVIII. Tagung „Die Subjektive Seite der Schizophrenie“ machte sich auf die Suche nach Alternativen im Umgang mit Krisen

18 Jahre „Subjektive Seite der Schizophrenie“, so der Titel des in Hamburg begründeten trialogisch aufgestellten Kongresses, der seit einigen Jahren zwischen Wien, Greifswald und Berlin umherwandert. Sozusagen „volljährig geworden“, fand er vom 24.-26. Februar wieder in Hamburg statt, wo er sich dem Kernthema der Psychiatrie schlechthin widmete: „Alternativen zum Zwang – Umgang mit Ausnahme-situationen und Krisen“ lautete der Titel. Der Zulauf war in diesem Jahr besonders groß: Bis zu 500 Teilnehmer wurden erwartet. Darunter auch aus anderen Ländern – Kanada, USA, Österreich und der Schweiz. Und schon der erste Tag deckte den Themenrahmen ab. Während es am Vormittag um Menschenrechte, Gewalt, Gefährlichkeit und Psychoerleben ging, standen am Nachmittag Alternativen im Vordergrund: von Erfahrungen mit der Integrierten Versorgung über Peerarbeit und das Weddinger Modell in Berlin bis zum Plädoyer für offene Türen in der Akutpsychiatrie.

HAMBURG. Eröffnet wurde die Veranstaltung von der Wissenschaftssenatorin und Zweiten Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Grüne) – auch eine Seltenheit für den Schizophreniekongress. Sie äußerte sich begeistert darüber, dass ein solcher Kongress in Hamburg stattfindet. Und verwies auf die Vorreiterrolle Hamburgs in Sachen Integrierte Versorgung (IV) und Einbeziehung von Genesungsbegleitern. Sie wünsche sich immer mehr Nachahmer.

Als komplex, schwierig, umstritten und als ein extrem zentrales Thema und eine ethische Fragestellung umriss Prof. Arno Deister als designierter Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) das Thema Zwang. Die Spannung zwischen einer verantwortungsvollen Behandlung und dem ordnungspolitischen Anspruch der Gesellschaft sei „manchmal schwer auszuhalten“. „Als Psychiater stehen wir immer in Gefahr, uns instrumentalisieren zu lassen und mitunter auch missbraucht zu werden“, machte er deutlich. Zwang – und Alternativen dazu seien auch in der DGPPN immer mehr Thema geworden. Menschenrechte seien auch eines der vier großen Themen des Psychiatrie-Weltkongresses, den Berlin im kommenden Jahr ausrichtet.

**Zuwachs im Maßregelvollzug** Psychiatrie sei die einzige Disziplin mit dem Recht, gegen den Willen von Betroffenen zu handeln, machte Hildegard Esser deutlich. Die Leiterin der Abteilung Gesundheit in der Gesundheitsbehörde gab als Maßgabe aus: „So wenig Zwang wie möglich, soviel wie nötig.“ Und sie forderte zu kritischer Reflexion auf, um sich eben nicht von gesellschaftspolitischen Ordnungsinteressen missbrauchen zu lassen. Sie wies besonders auf eine schwierige Entwicklung im Maßregelvollzug hin. In Hamburg würden immer mehr Patienten mit schizophrenen Störungen bzw. F 2 Diagnosen im Maßregelvollzug untergebracht – mittlerweile würden Patienten mit diesen Diagnosen mehr als 50 Prozent der Plätze belegen –, während in der gleichen Zeit der Anteil dieser Patienten in der Allgemeinpsychiatrie deutlich heruntergegangen sei. Der durchschnittliche Maßregelpatient sei zuvor neun Mal in der Allgemeinpsychiatrie behandelt worden, im Schnitt 31 Jahre alt und laut einer Schweizer Studie zunehmend ohne festen Wohnsitz. Mitunter bekämen diese Menschen nach einer Straftat in der Maßregel erstmals eine lange Therapie. Wichtig seien integrierte, sektorübergreifende Versorgungsangebote, die verhindern, dass Schwerstkranken „durchs Netz fallen“.

**„Hamburg kann Vorreiter werden“** Bei Jürgen Gallinat stößt Esser damit auf offene Ohren. Der inzwischen nicht mehr ganz so neue Ärztliche Direktor der UKE-Psychiatrie sprach von „Enthusiasmus und Euphorie“, mit denen man das

Thema angehen müsse. Hamburg habe eine „extrem kreative Szene“, so der zugezogene Berliner, und könne Vorreiter werden. Die Hansestadt sei mit Trialog, Genesungsbegleitung und IV bereits gut aufgestellt. Dem würde er gern eine Soteria, neue Rehaformen und ein Konzept offener Stationstüren hinzufügen, umriss er kurz sein Zukunftskonzept.

**Schmerzensgeld** Nach den Vorreden ging's ans Eingemachte: um Menschenrechte, Folter, um Verantwortung und Zwang als Rettung und die Maßregel als Machtsystem. Dr. Margret Osterfeld, Psychiaterin und Psychiatrie-Erfahrenere und seit 2014 im Unterausschuss der UN zur Prävention von Folter, verwies auf die Antifolterkonvention. Diese begreife sich als zuständig für alle Menschen, die an Orten mit Freiheitsentziehung leben, daher würden auch Altenheime und Psychiatrien besucht. Sie verwies auf einen Bericht von Juan Mendes, Sonderberichterstatter der UN über Folter, von 2013. Darin hatte dieser u.a.



Prof. Hans-Ludwig Kröber ist Direktor des Instituts für Forensische Psychiatrie der Freien Universität Berlin. Fotos (2): Hinrichs

erklärt, das in Gesundheitseinrichtungen stattfindende unfreiwillige Behandlungen und sonstige psychiatrische Eingriffe Formen der Folter und Misshandlung darstellen würden. Laut Zahlen von 2009 kam es in Deutschland etwa 200.000 Mal im Jahr zu Zwangseinweisungen in eine Psychiatrie.

Osterfeld verwies auf ein Gerichtsurteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom November vorigen Jahres. Dieses hatte einem Mann für eine knapp zweimonatige Unterbringung und zwangsweise medikamentöse Behandlung ein Schmerzensgeld in Höhe von 25.000 Euro zugesprochen. Hintergrund: Die Richter erkannten eine „Amtspflichtverletzung“ der Ärzte, die bei der Ausstellung der für die Unterbringung notwendigen ärztlichen Zeugnisse grundlegende fachliche Standards missachtet hätten. Für eine Gefährdungsprognose im Sinne einer Eigen- und Fremdgefährdung habe es keine Grundlage gegeben (Oberlandesgericht Karlsruhe, Urteil vom 12.11.2015, 9 U 78/11). Darauf könne sich nun jeder Patient berufen, so Osterfeld. Menschenwürde könne nicht mit Praktiken der Zwangsbe-



Großer Zulauf, voller Hörsaal im Universitätshauptgebäude in Hamburg.

handlung vereinbar sein, meinte sie. In den vergangenen eineinhalb Jahren habe sie aber eine positive Veränderung wahrgenommen, so Osterfeld, die in diesem Zusammenhang auf ein Statement der DGPPN zum Selbstbestimmungsrecht verwies.

Möglicherweise könne eine Rechtsschutzversicherung für Psychiatriepatienten genauso wichtig sein wie eine Krankenversicherung, ergänzte sie noch.

In der Diskussion wehrte sich ein Psychiatriemitarbeiter gegen den Begriff/das Etikett Folter für Zwangsmaßnahmen, da dies eine gewisse Haltung impliziere, die dahinter stehe. „Fixierung ist Zwang, aber keine Folter“, so ein anderer Zuhörer (Zwischenruf: „Es fühlt sich aber so an!“). Isolierung und Fixierung empfinde er als belastender als Zwangsmedikation, so ein weiteres Statement eines Mannes aus dem Publikum. Von „Euthanasie auf Raten“ sprach demgegenüber Osterfeld mit Bezug auf Dauermedikation, die die Lebenszeit verkürze. Sie riet zu einer Behandlungsverfügung.

**„Verantwortung übernehmen“**

Tacheles redete dann Prof. Hans-Ludwig Kröber, Experte für forensische Psychiatrie aus Berlin und in der Öffentlichkeit insbesondere als Gutachter mehrerer spektakulärer Justizfälle bekannt, darunter auch im Fall Gustl Mollath. Von 689 Maßregelpatienten in Berlin seien 114 wegen Tötungsdelikten dort. „Die Welt ist nicht der Garten Eden, nicht mal in Eppendorf“, so Kröber.

Sein Wunsch: dass Mitarbeiter häufiger „beherzt zupacken“ und auch Zwang anwenden würden, bevor es zu einer Straftat und Einweisung in den Vollzug komme.

Anhand zweier tragischer Fälle zeigte er auf, wie ein Mangel an rechtzeitiger Intervention und Verantwortungsübernahme im ambulanten bzw. stationärem Bereich zu schlimmsten Eskalationen führen konnte. Einmal bei der Mutter, die 2007 im schleswig-holsteinischen Darry unter dem Einfluss von Wahngedanken ihre fünf Kinder getötet hatte. Für Kröber war hier zuvor nicht ausreichend interveniert worden. Auch vor einer Zwangseinweisung gebe es einen Interventionsraum, der mehr genutzt werden müsse. Ein Besuch reiche nicht aus, um eine Lage zu klären.

In dem zweiten geschilderten Fall von 2013 war ein Mann wegen destruktiver Wahngedanken in eine Klinik gekommen – er hatte angekündigt, seine Mutter töten zu wollen. Dennoch wurde er am Tag da-

rauf aus der Klinik zur Mutter gelassen, um „Sachen zu holen“ – ohne dass die verantwortliche Ärztin mit ihm gesprochen habe. Der Patient tötete seine Mutter. „Wir hätten Verantwortung für ihn übernehmen müssen“, so Kröber.

Zur Zwangsbehandlung machte er deutlich, dass viele Bundesländer diese bis heute für den Maßregelvollzug noch nicht gesetzlich geregelt hätten. Die Folgen seien katastrophal, wenn Menschen „Jahr für Jahr unbehindert eingesperrt bleiben“. Mitarbeiter würden mit leiden, wenn sie nicht behandeln dürften, obwohl sie wüssten, dass sie mit Neuroleptika Leiden beenden könnten und der Patient vermutlich schon wieder in Freiheit sein könne.

8000 Psychiatriepatienten sowie „einer Tausend“ Suchtpatienten würden zum Schutz der Allgemeinheit hinter Gittern leben. Heilerfolge würden in der öffentlichen Wahrnehmung „keine Rolle“ spielen. „Der gute Patient ist der unsichtbare Patient.“ Dabei seien die Insassen Unterworfenen eines Systems, in dem die Penetranz der Macht größer sei als in

Haftanstalten. Da werde man mitunter schon bestraft, wenn man verschlossen bleibe. Kröbers Fazit: Gewalt und Zwang ließen sich in der forensischen Psychiatrie „nicht wegwischen“. Zwang als Rettungsmaßnahme für den Patienten müsse alternativlos sein sowie gut begründet, Auge in Auge verhandelt und möglichst kurz angewendet werden.

In der Diskussion machte Thomas Bock deutlich, er habe den Eindruck, „dass wir heute schneller Anzeigen stellen in Situationen, in denen Patienten tötlich werden, die vor 20 Jahren noch als Berufsrisiko galten, und es uns dadurch einfacher machen.“

Auch Kröber sah eine „gewisse Abschiebetendenz“: Bei etwa 15 Prozent der Maßregelpatienten handele es sich um Direktverlegungen von der Allgemeinpsychiatrie in die Forensik. So auch bei dem (Beispiel-) Patienten, der bei seiner Fixierung eine Oberärztin mit den Worten „Ich bring Dich um“ angeschrien habe.

A. Hinrichs

Fortsetzung: Seite 4

Anzeige

**Mederius GmbH**

Ihr sozialpsychiatrisches Wohn- und Pflegezentrum an der Osterau

Bei der Mederius GmbH handelt es sich um eine Wohn- und Fachpflegeeinrichtung mit 90 Bewohnerplätzen und rund 80 Mitarbeitern. Zu der Einrichtung gehören drei separate Wohnbereiche mit vier Wohngruppen und einer Ergotherapie.

Wir suchen zum 01.04.2016 oder früher eine

**Altenpflegefachkraft (m/w) oder Heilerziehungspfleger (m/w) oder Gesundheits- und Krankenpfleger (m/w)**

in Voll- oder Teilzeit.

**Wir erwarten:**

- Anerkanntes Examen.
- Erfahrungen im Umgang mit gerontopsychiatrisch bzw. psychiatrisch Erkrankten oder mehrfachbehinderten Menschen.
- Ein hohes Maß an sozialer und fachlicher Kompetenz.
- Team- und Integrationsfähigkeit.

**Wir bieten:**

- Eine verantwortungsvolle, vielseitige und interessante Aufgabe.
- Ein multiprofessionelles und engagiertes Team von Fachpflege- u. Pflegekräften, Pflegehilfskräften, Ergotherapeuten, Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten, Erziehern, Suchttherapeuten, Heilerziehungspflegern, einer Pferdepflegerin, Sozialarbeiter und einem Facharzt für Neurologie und Psychiatrie sowie einem Fitnesstrainer. Fachkraftquote über 60%.
- Eine professionelle Einarbeitung und ein sehr gutes Betriebsklima.
- Tarifangemessene Vergütung, regelmäßige Tankgutscheine und eine leistungsbezogene Gratifikation, ggf. Kindergartenzuschuss.
- Innerbetriebliche und externe Fort- und Weiterbildungen.

Wir freuen uns über die Zusendung Ihrer vollständigen Bewerbungsunterlagen unter Angabe Ihres möglichen Eintrittstermins.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung an:  
Mederius GmbH, z. Hd. Frau Töpfer-Henning, Dorfplatz 10, 24576 Bimühlen.  
Tel.: (04192) 20135-0